

Bezirkshauptmannschaft Tulln

Fachgebiet Katastrophen



„Notversorgungsstellen im Bezirk Tulln“



Slowenien 2014
Bildquelle: FF Großweikersdorf

Stand 04/2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Verantwortliche einer lokalen Organisation!

Wir möchten mit diesem Konzept zur Einrichtung von **Notversorgungsstellen** Ideen aufwerfen, wie ein Bürgermeister oder der örtliche Einsatzleiter die vorhandene Infrastruktur und die eigenen Ressourcen bestmöglich bündeln kann, um „seine“ Bevölkerung relativ unbeschadet durch die Zeit eines Blackouts zu bringen. Der technische Fortschritt hat uns den heutigen Lebensstandard, und damit verbunden, die ständige Verfügbarkeit von Lebensmitteln und Infrastruktur, erst möglich gemacht. Doch dieser technische Fortschritt hat auch seine Achillesferse – er basiert auf der ständigen Verfügbarkeit von Energie, insbesondere von Strom. Stromausfälle mit der Folge von ausfallenden Telekommunikationsmöglichkeiten und dem Ausfall lebensnotwendiger Versorgungsinfrastrukturen können bereits nach kurzer Zeit zu kritischen Situationen im Gesamtsystem der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft führen. Zu dem Thema Blackout gibt es mittlerweile sehr gute Literatur und auch den Selbstschutzratgeber des NÖ Zivilschutzverbandes (<http://www.noezsv.at/noe/pages/startseite.php>). Daher wollen wir auch nicht näher auf die konkreten Auswirkungen eingehen.

Aber warum wenden wir uns ausgerechnet an Sie?

In einem Krisenfall sind Sie der **örtliche Einsatzleiter in Ihrer Gemeinde** bzw. haben Sie eine **wesentliche Funktion in der örtlichen Einsatzleitung** und müssen für eine rasche und effiziente Hilfsleistung sorgen. Der Bezirkshauptmann wird natürlich das Möglichste unternehmen, Sie mit seinem Führungsstab bei Ihren Aufgaben zu unterstützen. Für ein zielführendes Krisenmanagement ist jedoch ein gut organisierter, funktionierender Selbstschutz in der Gemeinde selbst unbedingt erforderlich. Wenn auch von außerhalb Hilfe zugeführt werden kann, wird diese voraussichtlich nur für kritische Infrastruktur (z.B. Notstromaggregat bei einem Krankenhaus) zur Verfügung stehen. Vor kurzem zeigte besonders die Lage in Slowenien, wie rasch weite Landstriche von jeglicher Infrastruktur abgeschnitten werden können.

Bisherige Notfallpläne zielten immer auf die überregionale Versorgung und Ressourcenerhebung ab. Dies ist sicherlich sehr wertvoll, wenn es um die Versorgung von kritischer Infrastruktur (Krankenhäuser u.dgl.) geht. In den erwähnten Plänen konnte aber naturgemäß nicht auf sämtliche **individuellen Bedürfnisse und die Versorgung der Bevölkerung** Rücksicht genommen werden. In den ländlichen Bereichen kann am ehesten angenommen werden, dass sich die Bevölkerung eine gewisse Zeit selbst versorgen kann, da z.B. noch vermehrt die Möglichkeit von alternativen Heizungs- und Nahrungsmöglichkeiten gegeben ist. Aber auch hier ist bereits eine massive Abhängigkeit von der energieunterstützten Infrastruktur gegeben (Fütterung und Belüftung in Mastbetrieben, Pelletsheizungen etc.). In städtischen Bereichen ist die Abhängigkeit von der Infrastruktur noch intensiver. Hier sind oftmals z.B. die Möglichkeiten für alternative Heizungsmöglichkeiten baulich gar nicht mehr vorgesehen. In großen Wohnanlagen kommt es noch dazu vor, dass man seine Nachbarn kaum noch kennt.

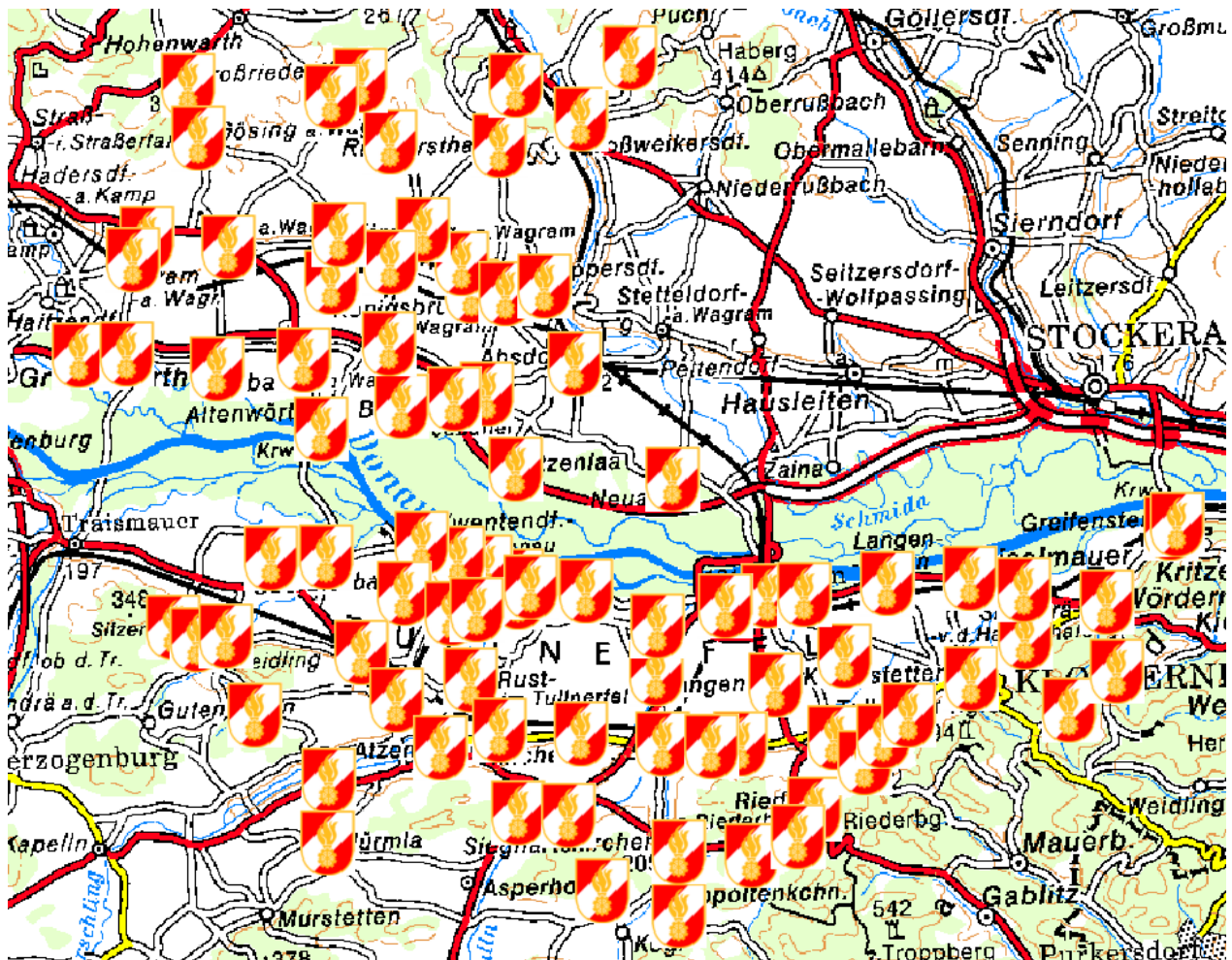
Ein gewisses Maß an Eigenverantwortung kann und muss jedem Einzelnen zugemutet werden. Hier setzen die jahrelangen Bemühungen des NÖ Zivilschutzverbandes an. Sollte diese Eigenverantwortung aus verschiedenen Gründen versagen, so kann und muss **Hilfe rasch und unbürokratisch auf regionaler Ebene (innerhalb der Gemeinde)** erfolgen.

Erkenntnisse aus dem Slowenien-Einsatz der Feuerwehren Anfang des Jahres 2014 bestätigten, dass die Eigenvorsorge der Bevölkerung im ländlichen Bereich noch sehr gut funktioniert und hier nur unterstützend seitens der Einsatzkräfte eingegriffen werden muss. Wo jedoch städtischen Strukturen vorherrschen, zeigte sich, dass bereits nach relativ kurzer Zeit die Selbstversorgung der Bevölkerung ganz oder teilweise aussetzt.

In Berlin wird ein Konzept über Anlaufstellen für die Bevölkerung im Krisenfall entwickelt. Dieses Projekt trägt den Namen „Katastrophen-Leuchttürme“. Dabei sollen ausgewählte Gebäude so ausgestattet werden, dass hier die nötigsten Hilfeleistungen erbracht oder von dort aus organisiert werden können (siehe <http://kat-leuchtturm.de/>).

Die Erkenntnisse aus diesem Projekt in Berlin (urbane Millionenmetropole) können natürlich nicht deckungsgleich für den Bezirk Tulln (eher ländlich dominierter Bereich) herangezogen werden.

Ähnlich dem Leuchtturmprojekt in Deutschland wäre aber die Schaffung von solchen „**Notversorgungsstellen**“ in jedem Feuerwehrhaus anzudenken. Feuerwehrhäuser bieten sich insofern an, als es diese und das dazugehörige Personal in fast jeder Ortschaft gibt. Die Mitglieder der Feuerwehren kennen die örtlichen Besonderheiten und die Bevölkerung am besten. Teilweise sind die Feuerwehrhäuser mit Notstromaggregaten versorgt und wenn nicht, hat fast jedes Feuerwehrfahrzeug ein kleines Notstromaggregat an Bord.



Übersicht über die **Dichte der Feuerwehrhäuser** im Bezirk Tulln, Stand 2014

Die Notversorgungsstellen sind nicht dazu gedacht die gesamte Bevölkerung dort stationär unterzubringen und zu versorgen - es muss schließlich auch die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr weiterhin gesichert bleiben. Dies würde die Kapazitäten der Feuerwehr sprengen.

Grundsätzlich muss daher auf die Selbstversorgung der Bevölkerung gesetzt werden.

Dort, wo die Selbstversorgung jedoch aussetzt oder nicht möglich ist, sollte dieses Notversorgungskonzept eingreifen, insbesondere bei Bewohnern von Wohnanlagen ohne alternative Heizmöglichkeit im Winter, bei zu pflegenden Personen, Nahrungsmittelmangel usw.

Die Notversorgungsstellen sollten als Anlaufstelle für die Bevölkerung dienen, um

- notfalls wenigstens einmal am Tag eine warme Mahlzeit zu erhalten
- sich gegebenenfalls ein wenig aufzuwärmen
- als Informationsdrehscheibe zu funktionieren
- selbst Hilfe anzubieten (in Form von Naturalien oder Manpower) - Nachbarschaftshilfe
- als Anlaufstelle für den Bürgermeister zu fungieren (örtliche Einsatzleitung um die Einsatzkräfte und die Nachbarschaftshilfe vor Ort zu koordinieren)
- im äußersten Notfall auch als Schlafstelle für einige Personen (z.B. ältere alleinstehende Personen) die nicht anderweitig unterkommen konnten, zu fungieren

Ziel soll und kann nicht die „Rundum-Betreuung“ der Bevölkerung sein. Vielmehr muss der/die Einzelne aktiv in den Hilfseinsatz einbezogen werden. In den Gemeinden liegt sehr viel Potential, welches zu vernetzen und gezielt einzusetzen ist. Österreich ist ein Land der Freiwilligen, alleine im Bezirk Tulln befinden sich über 900 Vereine, von denen sicher ein großer Teil bereit wäre, in einem Krisenfall gemeinnützig mitzuarbeiten.

Unsere **Feuerwehren** sind ebenfalls auf **freiwilliger Basis** eingerichtet. Das bedeutet allerdings, dass sich jedes Feuerwehrmitglied in einem Notfallszenario im **Spannungsfeld Familie-Beruf-Feuerwehr** befindet. Internationale Erfahrungen

haben gezeigt, dass in jenen Fällen die Bereitschaft, sich in den Feuerwehr- bzw. Hilfsdienst zu stellen, stark nachlässt, in denen die **eigene Familie betroffen** ist, und somit die **Einsatzkräfte nur eingeschränkt zur Verfügung** stehen werden. Der Faktor Beruf wird bei einem Blackout am ehesten zu vernachlässigen sein, da angenommen werden kann, dass der Großteil des Wirtschafts- und Arbeitslebens zumindest vorübergehend zum Erliegen kommt. Hier liegt andererseits ein weiterer entscheidender Vorteil des örtlichen Notversorgungskonzeptes: Die Feuerwehrmitglieder wären im Nahbereich der Familien tätig bzw. könnten die eigenen Familienmitglieder auch aktiv eingebunden werden.

Die Einrichtung von Notversorgungsstellen würde weiters eine **massive Erleichterung für die externen Einsatzkräfte** bedeuten. Hilfslieferungen und -kräfte müssten in der Gemeinde nur zu **einem Punkt** gebracht werden (wichtig auch für Vereine, Team Österreich und Nachbarschaftshilfe).

Eine besondere Bewerbung der Notversorgungsstellen wird im Vorfeld wenig sinnvoll und auch nicht notwendig sein: Aufgrund von diversen, teilweise internationalen Erfahrungen kann davon ausgegangen werden, dass präventive Informationen zu einem großen Teil bei der Bevölkerung (selbst wenn sie zunächst angenommen werden) rasch wieder in Vergessenheit geraten und deren Nutzen in keiner Relation zum Aufwand stehen würde, der eine Verbreitung der Informationen verursachen würde.

Es kann vielmehr angenommen werden, dass die Bevölkerung relativ rasch von der Installierung der Notversorgungsstellen eigenständig Kenntnis erlangt. Als Beispiele wären hier zu nennen:

- Mundpropaganda
- Rundfunkdurchsagen (sofern noch möglich)
- Lautsprecherdurchsagen mittels Feuerwehrfahrzeugen
- das Feuerwehrgebäude wird eines der wenigen beleuchteten Gebäude im Ort sein (daher auch „Leuchttürme“ in Deutschland) und zieht damit automatisch die Bevölkerung an
- wenn Menschen Hilfe benötigen und den Notruf nicht erreichen können, versuchen sie instinktiv eine ihnen bekannte Hilfsorganisation zu erreichen

Der Großteil der Bevölkerung wird in seinen „eigenen vier Wänden“ dieses Blackout „aussitzen“ müssen.

Für den Bürgermeister als örtlichen Einsatzleiter stellen sich insbesondere folgende Problemkonstellationen, die aufgrund der örtlich unterschiedlichen Ressourcen auch unterschiedlich gelöst werden müssen. Schlagwortartig haben wir einige Lösungsansätze angeführt.

Sicherheit

Internationale Erkenntnisse zeigten, dass eine Bevölkerung, die nur mangelhaft oder gar nicht informiert wurde, zu Panikreaktionen neigt. Besonders im Fall eines länger andauernden Blackouts besteht die massive Gefahr, dass solche menschlichen Reaktionen zu einer Massenpanik und in weiterer Folge zu anarchieähnlichen Zuständen führen können. Daher kommt einer **offenen und vor allem ehrlichen Information** der betroffenen Bevölkerung im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten eine ganz wichtige Bedeutung zu. Die Wahrheit kann der Bevölkerung zugemutet werden.

Wesentlich wären in diesem Zusammenhang:

- Einrichtung eines Meldekopfes in den Notversorgungsstellen (Polizist oder Feuerwehrmann mit BOS-Funkgerät, der Kontakt mit der Bezirkshauptmannschaft Tulln und Einsatzorganisationen hält)
- Information der Bevölkerung
- Absicherung von Tankstellen
- Bewachung evakuierter oder leerstehender Gebäude

Das **BOS-Funksystem** ist zwar notstromversorgt, aber bei einem längeren Ausfall der Infrastruktur ist davon auszugehen, dass auch das BOS System **nicht mehr die volle Netzabdeckung** sicherstellen kann. Auch hier käme den Notversorgungsstellen in jedem Feuerwehrhaus eine besondere Bedeutung zu. In früheren Funkzeiten wurden Meldungen, bei denen Sender und Empfänger nicht im

direkten Empfangsbereich der Geräte waren, von einem Funkgerät zum nächsten Funkgerät weitergegeben (**Übermittlungsverkehr**), bis die Meldung endgültig den Empfänger erreichte. Die BOS-Funkgeräte verfügen über die Möglichkeit auch im Direktmodus zu funken. So kann auch bei der Annahme eines Worst-Case-Szenarios (Ausfall des BOS-Systems nach einigen Tagen im Notstrombetrieb) der flächendeckende Informationsaustausch sichergestellt werden.

Transport

Da angenommen werden kann, dass bei einem Blackout Tankstellen nicht funktionieren werden, stellt die Verfügbarkeit von Treibstoff einen essentiellen Teil des Katastrophenmanagements dar. Der Bevölkerung muss verständlich gemacht werden, dass ein **Blackout kein Grund zum Flüchten** oder zum Verlassen der Wohnung ist. Es muss voraussichtlich einfach nur gewartet werden, bis auf überregionaler Basis die Energieversorgung wieder hergestellt wird.

- Individualverkehr ist als zweitrangig zu betrachten und sollte auch hier keine Betankung vorgesehen werden
- zuerst sollten die den Behörden zur Verfügung stehenden Ressourcen herangezogen werden (Betriebstankstellen der Bauhöfe, Straßenmeistereien)
- in weiterer Folge Zugriff auf private Tankstellen (oberirdische Tanks mit Schwerkraftbefüllung oder unterirdische Tanks mit Entnahme durch Schadstofftrupp der Feuerwehr). Da diese weitere Tankmöglichkeit zwar für die Aufrechterhaltung der Versorgung der kritischen Infrastruktur und der Einsatzfahrzeuge vorgesehen ist, aber höchstwahrscheinlich auch Privatpersonen tanken möchten, sind die Anlagen - soweit möglich - durch den Einsatz der Polizei oder des Bundesheeres vor dem Zugriff durch Unbefugte abzusichern.



Bildquelle: FF Großweikersdorf

Versorgung

Für die Personen, die sich nicht selbst versorgen können, sollte gemeinschaftlich versucht werden, wenigstens einmal täglich eine warme Mahlzeit zur Verfügung zu stellen.

- viele Vereine besitzen von diversen Festen eine Gastro-Grundausrüstung (Gaskocher, Zelte, Sitzgelegenheiten u.dgl.).
- viele Menschen verfügen über eine Campingausrüstung oder gibt es sogar einen Campingplatz in Ihrer Gemeinde?
- da der Inhalt der Kühlschränke und -truhen in den Privathaushalten ohnehin droht zu verderben, können diese Vorräte kontinuierlich gemeinschaftlich verkocht werden.

- örtliche Ressourcen wie Bäckereien, Fleischhauer aber auch Gasthäuser könnten stundenweise mit Notstrom von der Feuerwehr versorgt werden, um hier eine Notversorgung aufzubauen
- nichtmobile Menschen könnten durch Freiwillige mit Essen versorgt werden (ähnlich Essen auf Rädern)
- intensive Landwirtschaft kommt auch nicht mehr ohne Strom aus. Als Beispiele wären hier die Lüftung und Fütterung in Mastbetrieben und der Betrieb von Melkmaschinen anzuführen. Hier wäre der stundenweise Einsatz von Notstromaggregaten anzudenken. Es wäre natürlich bei solchen Betrieben zu überlegen, ob nicht bereits im Bauverfahren die Betreiber auf die Einplanung einer Notstromversorgung (Zapfwellengenerator, eigenes Aggregat) hingewiesen werden sollten.

Soziales

Die Struktur in der heutigen österreichischen Gesellschaft geht immer mehr in Richtung Single-Haushalte. Daher ist die Gefahr relativ hoch, dass bei einem längeren Blackout eine rasche **soziale Isolation** der Betroffenen eintritt.

Besonderes bei jüngeren Bevölkerungsschichten wird diese durch den unmittelbaren Wegfall der „Social Media“ noch verstärkt.

- Einsatz von Kriseninterventionsmitarbeitern, Seelsorgern, Heimhilfen u.dgl.
- Informationsaustausch und Vernetzung beim täglichen Besuch der Notversorgungsstelle
- Nachbarschaftshilfe fördern

Das Hauptziel sollte sein, dass sich **keiner** in der Bevölkerung **alleine gelassen fühlt** (Gefahr des „Lagerkollers“). Um dies zu verhindern, sollten alle Betroffenen (sofern sie möchten bzw. können) eine Aufgabe zugewiesen bekommen.

Wir wollten und konnten Ihnen mit dieser Broschüre kein umfassendes Allheilmittel zur Bewältigung eines Blackouts in die Hände geben. Unser Ziel war ein Anstoß, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und erste mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen, die natürlich im Einzelnen noch hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit und Akzeptanz zu hinterfragen sind.

Wenn wir Sie allerdings auch nur zum Nachdenken über das Thema gebracht haben, haben wir sehr wohl ein wesentliches Ziel erreicht.

Für Rückfragen und Anregungen stehen wir natürlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Bezirkshauptmannschaft Tulln
Fachgebiet Katastrophen
Tel.Nr. 02272/9025/39415
E-Mail: katastrophen.bhtu@noel.gv.at